

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

BÜHNE FREI FÜR MEHR ARBEITSSCHUTZ AM THEATER

Ausgabe 04 27.04.2017
www.dgb.de/beamtenmagazin

**Schutz von
Vollstreckungsbeamten**
Oliver Malchow
im Interview

Steuerpolitische Fachtagung
Wolfgang Schäuble
diskutiert mit ver.di





0,- Euro Bezügekonto¹⁾ der „Besten Bank“

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen;
Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 189 (kostenfrei)
www.bbbank.de

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

INHALT

Titel

Bühne frei
Für mehr Arbeitsschutz am Theater 4

Kommentar

„Kultur zur Staatsaufgabe erklären!“
Von ver.di-Tarifsekretär Frank Schreckenberg 6

Aus dem Bund 7

Interview

„Da geht noch was!“:
GdP-Chef Oliver Malchow zum Schutz von
Vollstreckungsbeamten und präventiven
Maßnahmen der Arbeitsgestaltung 9

Aus den Ländern 10

Aus den Gewerkschaften

Steuerpolitische Fachtagung 2017
Weniger Lücken, mehr Gerechtigkeit 15

Aufruf

1. Mai: „Wir sind viele. Wir sind eins.“ 17

Vermischtes 18

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack
Redaktion: Lisa Kranz, Henriette Schwarz, Achim Fehrenbach
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte
Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573
infoservice@beamten-informationen.de
www.dgb.de/beamtenmagazin
www.dgb.de/beamtenmagazinabo
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen
Titelfoto: shutterstock.de/DRogatnev
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 24. Jahrgang
Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr
Jahresbezugspreis inkl. Ratgeber „Wissenswertes für
Beamtinnen und Beamte“: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

Foto: Simone M. Neumann

**Lisa Kranz**

Politische Referentin,
Abteilung Öffentlicher Dienst
und Beamtenpolitik beim
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

Theater im Beamtenmagazin – diesmal blicken wir auf und hinter die Bühne. Wir wollen wissen: Wie sieht es eigentlich mit den Arbeitsbedingungen des Personals an staatlichen Theatern aus? Der engagierte Personalrat des Badischen Staatstheaters Karlsruhe hat die Missachtung der täglichen Höchstarbeitszeit zum Thema gemacht und die Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit für das künstlerische Personal durchgesetzt. Wir schildern, wie das gelang.

Bekanntermaßen hängen die Arbeitsbedingungen in der Kulturbranche auch mit ihrer knappen finanziellen Ausstattung zusammen. Mit der vorliegenden Ausgabe zum Themenschwerpunkt Kultur wollen wir deshalb auf die fragile Konstruktion der öffentlichen Kulturfinanzierung in Deutschland aufmerksam machen. ver.di-Tarifsekretär Frank Schreckenberg gelingt dies in seinem Kommentar zu den freiwilligen Leistungen der öffentlichen Hand, zu denen die Zuschüsse für Theater und Bühnen gehören.

Staatliche Ausgaben für die Kultur auf der einen, Steuereinnahmen auf der anderen Seite. In diesem Heft nehmen wir beides in den Fokus und berichten von der diesjährigen Steuerpolitischen ver.di-Fachtagung, bei der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mitdiskutierte. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Fragen nach einer gerechten Besteuerung und einem einheitlichen Steuervollzug.

Ein gerechtes Steuerkonzept, das Reiche mehr belastet und einen handlungsfähigen Staat finanziert, ist auch eine zentrale Forderung im Aufruf des DGB zum 1. Mai: „Wir wollen einen Staat, der eine zukunftsfähige Infrastruktur aufbaut und pflegt, bezahlbare Wohnungen baut und einen öffentlichen Dienst hat, der seine Aufgaben gut erfüllen kann.“ In diesem Sinne, auf zur Kundgebung vor Ort!

Viele Grüße

Lisa Kranz



BÜHNE FREI FÜR MEHR ARBEITSSCHUTZ AM THEATER

Theaterinszenierungen legen meist den Finger in die Wunde. Aufklärung und Kritik an politischen, sozialen wie wirtschaftlichen Missständen sind der Kern vieler Bühnenstücke. Dabei sind die, die die Theaterbühne mit Leben füllen, häufig selbst Missständen ausgesetzt. Die Missachtung der täglichen Höchstarbeitszeit von acht Stunden ist einer davon. Der Personalrat des Badischen Staatstheaters Karlsruhe wollte dies nicht länger hinnehmen und hat für das künstlerische Personal die Arbeitszeiterfassung erkämpft.

Von Lisa Kranz

„Alle Mitglieder haben dafür Sorge zu tragen, dass sie {...} möglichst jederzeit zu erreichen sind.“

Wie kann es, wie in Karlsruhe geschehen, zu einer großen Missachtung der Höchstarbeitszeit kommen? Hier waren bis zu 16 Stunden am Tag die Regel. Während für das technische Personal am Theater – zum Beispiel Schneiderinnen und Bühnenarbeiter – der Tarifvertrag der Länder gilt, regelt der Normalvertrag Bühne (NV-Bühne) alle Verträge, die zwischen Theatern und ihrem künstlerischen Personal – wie Schauspielerinnen, Tänzer, Dramaturginnen – geschlossen werden. Der NV-Bühne ist ein Tarifvertrag zwischen dem Deutschen Bühnenverein, dem Arbeitgeberverband der Theater und Orchester, und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger. Er wird bei städtischen, Staats- und Landestheatern angewendet.

Der NV-Bühne regelt in § 6 die Arbeitseinteilung der Ensemblemitglieder. So sind Proben und Aufführungen durch Anschlag im Theater bekanntzugeben. Die wöchentliche Proben- und Aufführungseinteilung gilt als Arbeitsplan. Verbindlich ist allerdings der tägliche Proben- und Aufführungsplan. Die Mitglieder müssen sich über den wöchentlichen und täglichen Plan selbst informieren. Lediglich nach 14 Uhr eintretende Änderungen für denselben Abend oder den nächsten Tag muss der Arbeitgeber ihnen besonders mitteilen. Damit nichts schief geht, sind die Ensemblemitglieder am besten immer zu erreichen. Am Staatstheater Karlsruhe waren E-Mails mit kurzfristigen Änderungen nicht selten, Dienstpläne fehlten und die alltäglich vorkommende Mehrarbeit wurde nicht dokumentiert.

Drohung mit Gewerbeaufsichtsamt und Zoll

Träger des Badischen Staatstheaters Karlsruhe ist das Land Baden-Württemberg. Die Stadt Karlsruhe trägt die Hälfte des Zuschussbedarfs. Obwohl es ein staatliches Theater ist, wurde die tägliche Höchst Arbeitszeit von acht Stunden gemäß Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten. Gespräche des Personalrats mit den im Verwaltungsrat des Theaters sitzenden Stadträten über die Arbeitsbedingungen führten nicht weiter. „Der Verwaltungsrat hat eine riesige Entscheidungsmacht, allerdings haben große Teile nicht sehr viel Ahnung von den Prozessen innerhalb des Theaters“, bringt Michel Brandt, Schauspieler am Badischen Staatstheater und Personalratsmitglied, das Dilemma auf den Punkt. Die Intendanz wiederum beharrte – angesprochen auf ihre Fürsorgepflicht als Arbeitsgeber – zunächst darauf, dass der tägliche Proben- und Aufführungsplan für die Dokumentation der Arbeitszeit ausreichend sei.

Schließlich half das im Sommer 2014 in Kraft getretene Mindestlohngesetz dem Personalrat bei seinem Plan, eine Arbeitszeiterfassung für das künstlerische Personal einzuführen. Denn dank Mindestlohngesetz muss Mehrarbeit nun dokumentiert werden. Würden die Beschäftigten Überstunden machen und diese nicht ausgleichen können oder bezahlt bekommen, würde dadurch der Mindestlohn unterschritten. Die Hausleitung reagierte allerdings erst, als der Personalrat damit drohte, das Gewerbeaufsichtsamt und den Zoll einzuschalten. Das Gewerbeaufsichtsamt kontrolliert die Einhaltung des Arbeitsschutzes, also auch des Arbeitszeitgesetzes, und der Zoll die Einhaltung des Mindestlohngesetzes. Ende 2014 hatte der Personalrat sein Ziel, die offizielle Dokumentation der Arbeitszeit, erreicht. Seitdem erstellt die Personalabteilung Formblätter, die die Mitarbeiter ausfüllen, und kontrolliert so, ob die Höchst Arbeitszeit eingehalten wird. Bei Verstößen werden Gespräche mit dem Intendanten geführt. In der Konsequenz wird seitdem an einer kleinen Außenspielstätte des Theaters zum Beispiel am Wochenende nur noch einmal gespielt.

Hart gegen sich selbst

Zu den Hintergründen der Arbeitsbedingungen an Theatern gehören natürlich noch mehr Details. So sind die Länder und die Kommunen Hauptträger der Ausgaben im Bereich Kultur. Als freiwillige Leistung der Kommunen gerät die Kulturförderung in finanziell schlechten Zeiten schon immer schnell auf die Liste möglicher Einsparungen (siehe ver.di-Kommentar S. 6). In Zeiten der Schuldenbremse hat sich das nicht geändert. Diese Unsicherheit bei der Finanzierung, gepaart mit einer schwierigen Arbeitsmarktsituation für Schauspielerinnen und Schauspieler und einem schwachen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, trifft auf den Idealismus des künstlerischen Personals. Wenn der Vorhang fällt und der Ap-

plaus ertönt, gehört der zuvor erbrachte Berg an Überstunden einfach zum Erfolg dazu. „Schauspielerinnen und Schauspieler und das gesamte künstlerische Personal sind hart gegen sich selbst“, erklärt Barbara Kistner, Personalratsvorsitzende und Schuhmacherin am Staatstheater Karlsruhe sowie ver.di-Mitglied, das Arbeitsethos ihrer Kolleginnen und Kollegen. Deshalb war es auch gar nicht so einfach, das künstlerische Personal von der Initiative zur Dokumentation der tatsächlichen Arbeitszeit zu überzeugen.

Es gibt noch mehr zu tun

Inzwischen wird am Theater in Karlsruhe das System der monatlichen Arbeitszeiterfassung akzeptiert. Der Personalrat strebt jetzt eine Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit an. Kistner schiebt allerdings gleich hinterher: „Das hängt auch vom Goodwill des Intendanten ab.“ Andere Theater haben angefragt, weil sie sich für das Modell der Arbeitszeiterfassung interessieren und 2016 hat der Personalrat für sein Engagement den Deutschen Personalräte-Preis (www.dprp.de) erhalten.



Foto: Wikimedia Commons/Steian Tritsch

Aber es gibt noch viele weitere Baustellen: Das Einstiegsgehalt für Schauspielerinnen und Schauspieler ist niedrig. 1.850 Euro brutto gibt es nach einem mehrjährigen Studium bei einer Sieben-Tage-Woche. Es gibt keinen Kündigungsschutz. Eine Verlängerung des Arbeitsvertrages erfolgt pro Saison. Im 15. Jahr der Mitgliedschaft in einem Ensemble ist man zwar unkündbar, es gibt aber unter Intendanten die Absprache, nicht mehr zu entfristen. Die 15 Jahre erreichen die meisten also nicht mehr. Im Frühjahr 2016 haben engagierte Theaterschaffende deshalb das Ensemble-Netzwerk (www.ensemble-netzwerk.de) gegründet. Das Ziel sind bessere Arbeitsbedingungen für die künstlerischen Beschäftigten an den Theatern. Das Motto: „Freiheit der Kunst, bedeutet nicht Knechtschaft der Künstlerinnen und Künstler.“ Das Netzwerk will auch zu einem politischen Umdenken beitragen. Die Bedeutung, die Kunst und Kultur für die Gesellschaft haben, soll stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Bühne frei!

KULTUR zur STAATSAUFGABE erklären!



Foto: Stefanie Herbst

von Frank Schreckenberg,
Tarifsekretär im Fachbereich
Medien, Kunst und Industrie
der ver.di-Bundesverwaltung

Am 17. Februar konnte ein Tarifergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder erreicht werden. Es wurde vereinbart, die Entgelte in zwei Stufen zu erhöhen. Rückwirkend zum 1. Januar 2017 steigen die Entgelte um 2 Prozent, mindestens aber 75 Euro und zum 1. Januar 2018 um weitere 2,35 Prozent. Dieses Ergebnis konnte nur erreicht werden, weil sich so viele Kolleginnen und Kollegen an den Warnstreiks im Rahmen der Tarifrunde beteiligt haben. Die Beschäftigten der Staats- und Landestheater waren hier ganz vorne mit dabei. So auch die Kol-

leginnen und Kollegen am Badischen Staatstheater in Karlsruhe. Nicht nur der bronzepreisgekrönte Personalrat sondern auch die gewerkschaftlich Aktiven sind ganz vorne mit dabei wenn es um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geht. Und sie haben es auch verdient. Die Arbeit am Theater ist nicht einfach, ob in der Maske, Requisite oder hinter der Bühne, vor, während und nach der Vorstellung. Die Künstlerinnen und

Künstler werden geschminkt und eingekleidet. Es wird für die perfekte Beleuchtung gesorgt, schwere Kulissenteile werden gebaut und komplexe Steuerungen bedient. Alles in allem sind dies sehr anspruchsvolle Tätigkeiten. Die Kunst auf der Bühne ist dabei letztendlich das Ergebnis und auch der Stolz der Zusammenarbeit aller Gewerke. Allerdings wird die Arbeit am Theater immer schwieriger. Mit immer weniger finanziellen Mitteln muss immer mehr erreicht werden. Personalabbau am Theater, Spartenschließungen, Theaterzusammenlegungen und -verbünde, ja sogar Theaterschließungen sind inzwischen fast Normalität geworden. Und das im Kulturland Deutschland. In Zeiten klammer öffentlicher Kassen wird jeder Cent zweimal umgedreht. Und gespart wird als erstes an den freiwilligen Leistungen der öffentlichen Hand – zum Beispiel an den Zuschüssen für Theater und Bühnen. Dies wird oft als alternativlos hingenommen. Dabei gäbe es viele Alternativen gerade aus den Bereichen der Steuerpolitik, die ver.di ständig in die Diskussion rund um die Finanzierbarkeit der öffentlichen Haushalte einbringt. Wichtig ist allerdings, dass die Kultur zur Staatsaufgabe erklärt wird und somit die Kulturfinanzierung dauerhaft gesichert ist und nicht als freiwillige Aufgabe anderen Interessen untergeordnet werden kann!


DGB

Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente

mit dem zusätzlichen Plus

für Beamtinnen und Beamte

www.das-rentenplus.de

„Versorgungslücke? Ich Sorge vor –
mit Unterstützung vom Staat.“





Schutz für Bahnbeschäftigte

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft sorgt für mehr Sicherheit bei den Beschäftigten im Verkehrsbereich. Ende März vereinbarte die Gewerkschaft unter Beteiligung des Konzernbetriebsrates wesentliche Grundsätze mit der Deutschen Bahn AG. Das Motto: „Sicher unterwegs“. Laut Vereinbarung haben die MitarbeiterInnen des Unternehmens einen Anspruch darauf, ihre Tätigkeit frei von Belästigungen und Gewalt jeglicher Art ausführen zu können. Deshalb verpflichtet sich die Deutsche Bahn zu einer „Nulltoleranzstrategie“ gegenüber StraftäterInnen. Alle Übergriffe – dazu zählen nicht nur tätliche Angriffe, sondern etwa auch obszöne Beleidigungen – werden zentral erfasst. Zudem sind Führungskräfte verpflichtet, jeden Fall aufzunehmen, zu melden und Unterstützung zu leisten. Auch der EVG-Forderung nach einer regelmäßigen Qualifizierung kommt der Arbeitgeber nach. Deeskalations- und Verhaltenstrainings soll es für alle Beschäftigten mit Kundenkontakt mindestens alle drei Jahre geben, bei Bedarf auch schon nach zwei Jahren. Teil der Vereinbarung ist auch eine bessere juristische, medizinische und psychologische Nachsorge. Zudem sind Ordnungspartnerschaften mit der Bundespolizei und die Möglichkeit geplant, die Aufgaben des bestehenden Krisenzentrums weiterzuentwickeln. EVG-Vize Klaus-Dieter Hommel kündigte an, die Vereinbarung als Blaupause für Verhandlungen mit den übrigen Eisenbahnverkehrsunternehmen zu nehmen.

Foto: panthermedia.de/scanrail

Fußballeinsätze und Gewalt

GdP-Position für friedlichen Fußball

Fußball fasziniert Millionen von Menschen, die Zuschauerzahlen steigen stetig. Viele tausend Fans begleiten Fußballspiele friedlich und gewaltfrei. Dennoch nimmt die Zahl gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Fans und Polizei seit vielen Jahren zu. Früher beschränkte sich die Gewalt auf Fans einiger Vereine. Inzwischen durchzieht das Phänomen den Fußball jedoch von der ersten bis

zur fünften Liga – und hat nahezu jeden Verein erfasst. Angesichts der wachsenden Gewalt hatte die GdP 2014 ein Strategiepapier veröffentlicht: „12 Positionen der Gewerkschaft der Polizei für friedlichen Fußball“. Darin analysiert die Gewerkschaft die vielfältigen Facetten des Problems und präsentiert zahlreiche Handlungsoptionen, darunter Stadionverbote, Strafverfahren gegen jugendliche Gewalttäter und ein Alkoholverbot im Bereich des ÖPNV. Auf Grund der weiteren Zuspitzung des Problems hat die GdP jetzt ihren

Feiertagen nicht bei ihren Familien sein können, geht das schon an die Grenze.“

Gesetzentwurf

Verbot der Gesichtsverhüllung

Der Bundestag beschäftigt sich aktuell mit dem Verbot der Gesichtsverhüllung von BeamtInnen und SoldatInnen bei Ausübung ihres Dienstes oder bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug. Die Verhüllung des Gesichts soll nur erlaubt sein, wenn dienstliche oder gesundheitliche Gründe dies erfordern. Der Entwurf eines Gesetzes zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung geht auf eine Initiative der Bundesregierung zurück und zielt laut Begründung darauf ab, den Rahmen für eine „vertrauensvolle Kommunikation der staatlichen Funktionsträger mit den BürgerInnen, Vorgesetzten und KollegInnen“ sicherzustellen. Der DGB befürwortet ausdrücklich das Ziel der Gesetzesinitiative, zweifelt aber an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Regelung. Schließlich führt diese auch bei Burka oder Nikab tragenden Beamtinnen, die während des Dienstes keinen

Appell erneuert. In einem Gespräch mit der Passauer Neuen Presse kritisierte der GdP-Bundvorsitzende Oliver Malchow zudem, dass die Deutsche Fußball Liga GmbH eine Reihe von Hochrisikospiele an den Osterfeiertagen angesetzt hatte: „Da wird keine Rücksicht auf die Polizeikräfte genommen.“ Viele KollegInnen seien sieben Tage die Woche im Dauereinsatz, oft bis zur Erschöpfung. „Wenn sie dann selbst an den



Positionspapier der GdP unter www.gdpbundespolizei.de



§ 34 Beamtenstatusgesetz vorsieht, abschließend im Bundestag beraten.

Sehenswert

„Wie viel Polizei braucht Deutschland?“

Dieser Frage geht eine Dokumentation des ZDF nach. Der 45-minütige Beitrag wirft einen intensiven Blick auf die Arbeitsbedingungen, Aufgaben und Herausforderungen der Polizei und fragt nach dem Sicherheitsempfinden der Deutschen. Die GdP hat sich an dem Film mit Hintergrundgesprächen und O-Tönen beteiligt. Dem ZDF zufolge sehen die meisten Deutschen die Tätigkeit der Polizei positiv: Die Angst vor einem „Polizeistaat“ hat deutlich abgenommen, der Wunsch nach mehr uniformierter Präsenz im öffentlichen Raum wächst. Allerdings kämpft die Polizei mit unzureichender Ausstattung und einem eklatanten Perso-

nalmangel. Laut GdP fielen im letzten Jahr rund 20 Millionen Überstunden an. Anhand zahlreicher Beispiele veranschaulicht die ZDF-Doku, welche Folgen das angesichts steigender Herausforderungen hat. So werden BeamtInnen im Dienst immer häufiger Ziel von Beleidigungen und tätlichen Angriffen. Vor allem in bestimmten Problembezirken Deutschlands sieht die GdP ihre KollegInnen alleingelassen. Als weitere große Herausforderung schildert die Doku die gestiegene Zahl an Wohnungseinbrüchen. Sie zeigt aber auch am Beispiel der Soko „Castle“ in Hamburg, welcher positiven Effekt eine ordentliche Personalausstattung auf die Aufklärungsquote haben kann. Außerdem analysiert der Film, wie gut die Polizei auf die Terrorbekämpfung vorbereitet ist. Die Vielfalt der Perspektiven zeichnet den Beitrag aus. Er wurde am 11. April gezeigt und ist für ein Jahr in der ZDF-Mediathek als Video-Download abrufbar.

Bürgerkontakt haben, zu einem Eingriff in ihre Religionsfreiheit. Fraglich ist nach Ansicht des DGB, ob in diesen Fällen allein die „offene und vertrauensvolle Kommunikation mit Vorgesetzten und KollegInnen“ den Eingriff tatsächlich rechtfertigen kann. Am 27. April wird der Gesetzentwurf, der eine entsprechende Änderung des § 61 Bundesbeamtengesetz und des

DGB Das RentenPlus:
Spezialtarif mit
40 % Rabatt

DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

¹ Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Marktdaten der Riester-Anbieter, Stand: 31.12.2014.
² Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe von Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2014.
³ Garantiegeber: Union Investment Privatfonds GmbH.

▶ **40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente Select – der Riester-Rente vom Marktführer¹⁾:**

- **Lebenslang eine „exzellente Renten-Höhe“²⁾**
- **100 % Garantie Ihrer Einzahlungen und staatlichen Zulagen zum Beginn der Auszahlphase³⁾**
Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen
- **Wahlweises Ein- und Ausschalten der Gewinnsicherung**
- **Jederzeitige und unbegrenzte Einzahlungen**

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Anlagebedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2–10, 76133 Karlsruhe (Tel. 07 21/141-0 oder www.bbbank.de) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main, www.union-investment.de, Tel. 069/5 89 98-61 00, erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf. Stand: 30. November 2015.

Mehr Informationen? Gerne!

www.bezuegekonto.de oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst



„DA GEHT NOCH WAS“

Im Jahr 2015 wurden 64.371 Polizistinnen und Polizisten in Ausübung ihres Dienstes Opfer von Straftaten. Seit Jahren steigt die Zahl. Derzeit befindet sich der Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften – im parlamentarischen Verfahren. Wir haben den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, zur geplanten Gesetzesänderung und zu präventiven Maßnahmen der Arbeitsgestaltung im Polizeivollzug befragt.

magazin // Bald kommt die von der GdP seit langem geforderte Änderung des Strafgesetzbuches, die bei Angriffen auf Vollstreckungsbeamte sowie Rettungskräfte härtere Strafen für die Täter vorsieht. Wie wird diese Regelung Ihren Kolleginnen und Kollegen helfen?

Oliver Malchow // Wir stehen jetzt kurz davor, dass auch Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte, die sich nicht in einer Vollstreckungshandlung befinden, im Strafrecht Einzug finden. Dies ist der GdP besonders wichtig, weil es sich bei diesen oft aus dem Nichts auf unsere Kolleginnen und Kollegen hereinbrechenden Attacken um Angriffe auf Repräsentanten des Staates handelt. Unsere Kolleginnen und Kollegen auf der Straße nehmen jetzt intensiv wahr, dass sich die Politik ihnen zuwendet. Darauf hat die GdP über sieben Jahre lang mit bundesweiten Kampagnen, in Interviews, Veranstaltungen und zahllosen politischen Gesprächen auf allen Ebenen hingearbeitet und intensive Überzeugungsarbeit geleistet.

magazin // Die tägliche Arbeit von Polizeivollzugsbeamten ist stark von Konflikten geprägt. Welche präventiven Maßnahmen der Arbeitsgestaltung müssen verbessert werden, um emotionale Belastungen zu verringern?

Oliver Malchow // Wer jeden Tag eine sehr herausfordernde Aufgabe meistern will, freut sich darüber, wenn die Arbeitsbedingungen stimmen. Dazu gehört, dass Überstunden die Ausnahme und nicht die Regel sind, dass genügend Zeit da ist, Einsätze davor und danach zu besprechen, dass angemessen trainiert und regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen werden kann, dass die bestmögliche Ausstattung für den körperlichen und genügend Angebote für den seelischen Schutz zu Verfügung stehen. Also, da geht noch was. Das sehen auch unsere Personalvertreterinnen und -vertreter so und haben damit reichlich zu tun.

magazin // Während sich ein Teil der Gesellschaft gegenüber der Polizei zunehmend respektlos verhält, wünscht sich ein anderer dringend mehr Polizeipräsenz. Bund und Länder haben auch Neueinstellungen versprochen. Reichen diese aus, um den Wunsch nach mehr Präsenz zu erfüllen?

Oliver Malchow // Das vollmundige Versprechen vieler Länderinnenminister, in den nächsten Jahren deutlich mehr Polizeistellen zu schaffen, wird nicht vor 2021 eintreten. Die Rechnung „mehr Polizei = mehr Sicherheit“ wird vielerorts in Deutschland erst einmal nicht aufgehen. Von 2015 bis 2021 werden fast 60.000 Polizeivollzugsbeamte in Bund und Ländern pensioniert. Das sind fast 30 Prozent aller Polizisten hierzulande. Dem stehen lediglich rund 72.000 neue Beamte gegenüber. Von den 12.000 neuen Kräften sind allein etwas mehr als 7.000 bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt neu im Dienst. Das bedeutet auch, dass die Länder zu wenig gegen die sogenannte Alltagskriminalität tun. Die von der GdP geforderten 20.000 neuen Stellen werden jedenfalls nicht erreicht. Und auch der Wunsch vieler Bürger nach mehr Polizeipräsenz wird sich nach Stand der Dinge nicht erfüllen. Aber, immerhin hat die GdP erreicht, dass sich nach vielen Jahren des Personalabbaus bei der Polizei der Trend gedreht hat. Dass wir damit noch nicht zufrieden sein können, stärkt nur unsere Motivation, nicht locker zu lassen.

magazin // Die Richtschnur für die Polizeiarbeit in Deutschland lautet „Bürgernähe“: Welche positiven Erlebnisse mit Menschen motivieren Ihre Kolleginnen und Kollegen?

Oliver Malchow // Helfender sein zu können. Seinen Auftrag erfüllen zu können. So, wie es sich die Bürgerinnen und Bürger vorstellen und von einem handlungsfähigen Staat erwarten dürfen. Meine Kolleginnen und Kollegen motiviert außerdem, dass sich das große Vertrauen der Menschen hierzulande in die Arbeit der Polizei in vielen Umfragen widerspiegelt.

Baden-Württemberg

DGB lehnt Vereinbarung ab

Am 17. Februar 2017 einigten sich die Tarifgemeinschaft der Länder und die Gewerkschaften auf ein Tarifergebnis. Anschließend forderte der DGB Baden-Württemberg die grün-schwarze Landesregierung auf, dieses zeit- und wirkungsgleich auf die BeamtInnen im Land zu übertragen. Die Regierung stemmte sich jedoch gegen eine zeitgleiche Übertragung. Ende März

MIT DER ABGESENKTEN EINGANGSBESOLDUNG HABEN BEAMTINNEN UND BEAMTE DEN HAUSHALT ENTLASTET.

hat der DGB deshalb eine Vereinbarung zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung abgelehnt. Zwar begrüßte er ausdrücklich die geplante Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung zum 1. Januar 2018. Eine Kopplung mit dem Tarifabschluss hält der DGB aber für falsch. Bereits mit der Absenkung der Eingangsbesoldung haben BeamtInnen zur Entlastung des Haushalts beigetragen, nun soll auch die Aufhebung dieser Maßnahme von den BeamtInnen mittels zeitlich verzögerter Besoldungsanpassung finanziert werden. Das ist für den DGB nicht hinnehmbar. In den Jahren 2017 und 2018 werden die Besoldungsgruppen bis A9 vier Nullmonate zu verkraften haben, die Besoldungsgruppen A10 und A11 acht Nullmonate und ab A12 sogar 10 Nullmonate.

Bayern

„Bildungspäckchen light“

Anfang April stellte die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag ihr neues Bildungspaket vor. Aus Sicht der GEW handelt es sich dabei aber eher um ein „Bildungspäckchen light“, weil es den Lehrkräftemangel keineswegs behebe. Im laufenden Schuljahr gab es nach ihren Angaben mehrere hundert Lehrkräfte zu wenig. Den CSU-Plänen zufolge sollen an Grund- und Mittelschulen lediglich 50 zusätzliche Stellen ab 2018 für die Mobile Reserve geschaffen werden – und 50 zusätzliche Stellen an För-

derschulen. Die Vorsitzende der GEW-Landesfachgruppe Grund- und Mittelschulen Ruth Brenner bezeichnet die Pläne als „Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen, die seit Monaten auf Grund des Lehrkräftemangels großen Mehrbelastungen ausgesetzt sind“. Die GEW hatte schon vor Wochen konstruktive Vorschläge gemacht, um den Mangel zu reduzieren.

Berlin

Hoher Krankenstand

Beschäftigte im öffentlichen Dienst Berlins sind immer häufiger krank. Das geht aus einer schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Marcel Luthé (FDP) bei der Finanzverwaltung hervor. Demnach waren MitarbeiterInnen der Hauptverwaltung 2015 im Schnitt 36,8 Tage krank.



Foto: fotolia.de/Alexander Raithis

MitarbeiterInnen der Feuerwehr fehlten an 45,8 Tagen krankheitsbedingt, bei der Polizei waren es 47,4 Tage. Zum Vergleich: 2011 waren es 37,9 Tage bei der Feuerwehr und 46,6 Tage bei der Polizei. „Menschen werden krank, wenn sie dauerhaft Übermenschliches leisten müssen“, kommentiert die GdP-Landesvorsitzende Kerstin Philipp die Zahlen. Die stetig steigende Einsatzbelastung müsse endlich auf mehr Schultern verteilt werden, dafür sei deutlich mehr Personal nötig: „Wir brauchen aktuell bereits 1.000 zusätzliche Kräfte bei der Feuerwehr und 3.000 mehr Polizistinnen und Polizisten“, so Philipp.

Brandenburg

Signal an Fachkräfte

Landesregierung und Gewerkschaften haben sich darauf geeinigt, das Tarifergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder zeit- und wirkungsgleich auf die BeamtInnen zu übertragen. Bis zur Sommerpause soll dazu ein Gesetzentwurf vorliegen. Geplant ist eine Erhöhung der Beamtenbesoldung zum 1. Januar 2017 um 1,8 Prozent, wobei hier bereits 0,2 Prozentpunkte für die Versorgungsrücklage abgezogen sind. Zum 1. Januar 2018 soll es eine Erhöhung um 2,35 Prozent – ohne Abzug für die Versorgungsrücklage – geben. Damit sich der bisherige Besoldungsrückstand zu anderen Bundesländern verringert, soll die Besoldung 2017 zusätzlich um 0,65 Prozentpunkte und 2018 zusätzlich um 0,5 Prozent-

punkte angehoben werden. „Das ist ein richtiger Schritt der Landesregierung und zeigt die Wertschätzung für die Arbeit der Beamtinnen und Beamten“, sagt Doro Zinke, Vorsit-

» DAS IST EIN RICHTIGER SCHRITT DER LANDESREGIERUNG UND ZEIGT DIE WERTSCHÄTZUNG. «

zende des DGB Berlin-Brandenburg. Die geplanten Besoldungserhöhungen seien auch ein starkes Signal an Fachkräfte, schließlich konkurrenz Brandenburg bundesweit mit anderen öffentlichen und privaten Arbeitgebern.

Bremen

Beamte weiterhin abgekoppelt

Der bremische Senat hat den Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2017/2018 beschlossen. Vorgegangen waren Gespräche des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften mit Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) und Finanzsenatorin Karoline Linnert (B90/Die Grünen). Der Gesetzentwurf sieht vor, den Tarifabschluss für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes inhaltsgleich zu übernehmen – allerdings mit einer zeitlichen Verschiebung von sechs Monaten. Das bedeutet: Besoldung und Versorgung werden zum 1. Juli 2017 um 2 Prozent und zum

**» JEDE ABKOPPLUNG HAT
AUSWIRKUNGEN BIS ZUR
PENSIONIERUNG! «**

1. Juli 2018 um weitere 2,35 Prozent erhöht, mindestens aber um 75 Euro. Die Anwärtergrundbeträge sollen sowohl zum 1. Juli 2017 als auch zum 1. Juli 2018 jeweils um 35 Euro angehoben werden. Der DGB zieht eine gemischte Bilanz: Durch die sechsmonatige Verzögerung bleiben die BeamtInnen dauerhaft abgekoppelt und werden dies in der Geldbörse merken. „Die inhaltsgleiche Übernahme ist positiv zu bewerten. Die Abkopplung hingegen ist nicht gerecht. Jede Abkopplung hat Auswirkungen bis zur Pensionierung!“, mahnt Annette Düring, DGB-Vorsitzende der Region Bremen-Elbe-Weser. Hier mit der Haushaltsnotlage zu argumentieren, sei zudem rechtlich bedenklich.

Hamburg

Befristungen werden eingedämmt

Hamburg ist auf dem Weg zur „Stadt der guten Arbeit“ ein Stück vorangekommen. Das Personalamt hat im Auftrag des Senats neue „Regelungen über den Abschluss von Zeitverträgen“ formuliert – und damit einen Bürgerschaftsbeschluss aus dem Juli 2016 umgesetzt. Danach werden sachgrundlose Befristungen in Behörden, öffentlichen Unternehmen und bei Zuwendungsempfängern ausgeschlossen. Be-

gründete Ausnahmefälle dürfen zugelassen werden, müssen aber regelmäßig überprüft werden. „Unsere Kampagne zur Eindämmung von Befristungen hat gewirkt“, freut sich ver.di-Landesbezirksleiter Berthold Bose. „Die Neuregelung bringt für viele hundert Beschäftigte bessere Chancen auf ein unbefristetes Arbeitsverhältnis und damit mehr Sicherheit für die Lebensplanung.“ Bose fordert, Trickereien auszuschließen: „Es darf nicht sein, dass öffentliche Unternehmen über Anstellungen in Tochterunternehmen die Regelungen umgehen.“

Hessen

Schulen brauchen Perspektiven

Die Situation an Hessens Grund- und Förderschulen ist wegen eines gravierenden Mangels an Fachkräften sehr angespannt. Dass das Kultusministerium nun Weiterbildungen zur Grundschul- bzw. Förderschullehrkraft für Lehrkräfte anderer Lehrämter einrichten will, ist laut GEW unerlässlich. Allerdings müsse auch in einer derart angespannten Bedarfssituation die Qualität der Ausbildung im Vordergrund stehen. Diese ist laut GEW nicht gewährleistet. So sollen Beschäftigte während ihrer Grundschullehramt-Weiterbildung zu über

es über 60 Prozent. Deshalb begrüßt die GEW, dass der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer den Weiterbildungsmaßnahmen in dieser Form nicht zugestimmt hat. Der Kultusminister könne diese nun zwar in Kraft setzen. Die gesamte Verantwortung liege damit aber beim Ministerium.

Mecklenburg-Vorpommern

Widerstandsdelikte gestiegen

Innenminister Lorenz Caffier (CDU) stellte Anfang April die Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 für Mecklenburg-Vorpommern vor. Demnach stieg die Gesamtzahl der erfassten Straftaten um 5.800 Fälle auf insgesamt 123.061. Zugleich konnte die Aufklärungsquote verbessert werden. Die GdP zeigt sich angesichts einer zunehmenden Anzahl der sogenannten Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (zum Beispiel Körperverletzung, Widerstandshandlungen gegen die Polizei, Raub, Bedrohung) gegenüber dem Vorjahr mit 8,8 Prozent auf jetzt insgesamt 16.020 Fälle besorgt. Es scheine, dass es Teile der Gesellschaft gibt, die mehr und mehr verrohen und auch vor Gewaltanwendung nicht zurückschrecken, sie vielleicht sogar als legitim



Foto: istockphoto.de/skymshet

70 Prozent ihrer Arbeitszeit zur Unterrichtsabdeckung in Klassen eingesetzt werden, für die sie noch gar nicht ausgebildet sind. In der Weiterbildung zum Förderschullehramt sind

und alltäglich ansehen. Der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher betont deshalb: „Die Bevölkerung muss sich fragen lassen, in welcher Gesellschaft sie leben möchte. In ei-

AUS DEN LÄNDERN

ner Gesellschaft, die von gegenseitigem Respekt und friedlichem Umgang miteinander geprägt ist oder in einer, in der Gewalt und das Faustrecht regiert. Polizistinnen und Polizisten tun ihr Möglichstes, damit die Bevölkerung sicher leben kann. Hier ist aber Jeder aufgefordert, klar und deutlich zu sagen: Gewalt wird nicht toleriert!“.

Niedersachsen

Transparenzgesetz: Arbeitsaufwand evaluieren

Ende Januar legte die niedersächsische Landesregierung den Entwurf eines Informationszugangsgesetzes – Transparenzgesetz genannt – vor. Das Gesetz soll BürgerInnen ermöglichen, zu den bei öffentlichen Stellen bereitgehaltenen Informationen Auskunft oder Einsicht zu beantragen. Der DGB hat nun eine Stellungnahme zum Entwurf abgegeben. Er hält ein

DER DGB HAT NUN EINE STELLUNGNAHME ZUM ENTWURF ABGEGEBEN.

Transparenzgesetz wie in Hamburg oder Rheinland-Pfalz für die bessere Lösung. Anstelle von einzelnen BürgerInnenanfragen, die kostenpflichtig sind und individuell bearbeitet werden müssen, werden in diesen beiden Ländern öffentliche Dokumente auf einer Plattform abgelegt – dort können sie von BürgerInnen eingesehen werden. Außerdem weist der DGB auf die unmittelbaren Folgen des geplanten Gesetzes für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hin. Unter anderem könne sich deren Arbeitsaufwand deutlich erhöhen, etwa durch die notwendige Schwärzung personenbezogener Daten oder die Prüfung großer Mengen von Dokumenten auf ihre Veröffentlichungspflicht. Der DGB fordert deshalb, den künftig erforderlichen Arbeitsaufwand genau zu evaluieren.

Nordrhein-Westfalen

DGB-Forderungen zur Landtagswahl

Der Termin ist in Reichweite: Am 14. Mai wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag ge-



Foto: shutterstock.de/AmorSokolov

wählt. Der DGB und seine acht Gewerkschaften haben ihre Forderungen an eine zukünftige Landesregierung formuliert. Dazu zählt eine starke öffentliche Hand. Der DGB betont die Wichtigkeit einer guten Finanzausstattung des Landes und der Kommunen. Nur sie gewährleiste eine hohe Lebensqualität. Kitas, Schwimmbäder und öffentlicher Nahverkehr müssten ebenso finanziert werden wie Lehrkräfte, PolizistInnen und FinanzbeamtInnen. Und auch für eine funktionierende Infrastruktur und mehr bezahlbaren Wohnraum müsse mehr Geld zur Verfügung stehen. Höhere Staatseinnahmen und mehr soziale Gerechtigkeit ließen sich durch angemessene Steuern auf Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen erreichen. Zur Durchsetzung all dieser Forderungen brauche es starke Gewerkschaften. Diese konnten seit dem Regierungswechsel 2010 etliche Erfolge erzielen: unter anderem die Abschaffung der Studiengebühren, stärkere Investitionen in Schulen, eine bessere Besoldung der BeamtInnen sowie die Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst.

Rheinland-Pfalz

DGB kritisiert Diätenerhöhung

Anfang April entschied der rheinland-pfälzische Landtag, die Abgeordnetendiäten bis 2020 deutlich anzuheben. Begründet wurde das unter anderem mit den steigenden Lebenshaltungskosten, der allgemeinen Lohnentwicklung, einer höheren Arbeitsbelastung und einem Gehaltsrückstand im Ländervergleich. Der DGB fordert vor diesem Hintergrund gleiches Recht für alle. Denn seit Jahren hinkt die Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz derjenigen in den anderen Bundesländern hinterher. Eine Polizistin würde zum Beispiel in Ba-

den-Württemberg 1.700 Euro jährlich mehr verdienen. Der rheinland-pfälzische DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid begrüßt zwar die Zusicherung der Landesregierung, die prozentualen Ergebnisse des Tarifvertrages zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft zu übertragen. Muscheid fordert jedoch zusätzliche finanzielle Verbesserungen, wie sie andere Bundesländer vornehmen. „Hier müssen die Abgeordneten den Beamtinnen und Beamten das auch zubilligen, was sie für sich als Begründung für ihre Diätenerhöhung anführen“, so Muscheid.

Saarland

GEW: Dringender Handlungsbedarf

Der Landesverband Saarland der GEW hat seine Forderungen an die Bildungspolitik für die kommende Legislaturperiode formuliert. Dringenden Handlungsbedarf sieht die GEW unter anderem bei Krippen und Kindertagesstätten.

»DAS SAARLAND MUSS SEINE BILDUNGS-AUSGABEN DEUTLICH STEIGERN«

Dort müsse die Gruppengröße durch Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation gesenkt werden. Für die Schulen fordert die GEW einen Ausbau der Schulsozialarbeit und eine bessere Personalausstattung für besonders belastete Standorte. Lehrkräfte bräuchten mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, besonders für die Inklusion. Um dem Mangel an Lehrkräften zu begegnen, müsse die Absenkung der Eingangsbesoldung aufgehoben werden. Notwendig sei außerdem die Anhebung der Besoldung der Grund- und Hauptschullehrkräfte von A12 auf A13. Auch die

Hochschulen benötigten eine bessere finanzielle Ausstattung. „Das Saarland muss seine Bildungsausgaben deutlich steigern, um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern nicht abgehängt zu werden“, betont Andreas Sánchez Haselberger, der stellvertretende Landesvorsitzende der GEW.

Sachsen

Einigung bei Besoldung

Es brauchte drei Verhandlungsrunden: Sachsens Finanzminister Georg Unland (CDU) und GewerkschaftsvertreterInnen haben sich auf eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtenbesoldung geeinigt. Die Besoldung der BeamtInnen und RichterInnen sowie die Bezüge der VersorgungsempfängerInnen des Freistaats steigen rückwirkend zum 1. Januar 2017 um 2,0 Prozent und ab dem 1. Januar 2018 um weitere

2,35 Prozent. Die AnwärterInnenbezüge werden in beiden Jahren zum 1. Januar jeweils um 35 Euro angehoben. Außerdem erhalten BeamtInnen mit einem monatlichen Grundgehalt von bis zu 3.200 Euro unter Berücksichtigung einer etwaigen Teilzeitquote in 2017 eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro. Ab dem 1. Januar 2018 erhöht sich die Endstufe für alle BeamtInnen und RichterInnen zusätzlich um 1,12 Prozent, die Versorgungsbezüge werden entsprechend angehoben. BeamtInnen ab der Besoldungsgruppe A 9, RichterInnen und Staatsanwälte erhalten ab dem 1. Oktober 2018 einen ruhegehaltfähigen Zuschlag von 1,03 Prozent – und zwar nach einer fünfjährigen Wartezeit in der Endstufe.

Die an der Einigung Beteiligten betonten, auf diese Weise werde eine Regelung erreicht, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemessenen Alimentation entspreche.

Sachsen-Anhalt

Für ein modernes Personalvertretungsgesetz

Auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion nahmen Ende März rund 50 Personalräte und GewerkschafterInnen an einem Werkstattgespräch zur Novellierung des Landespersonalvertretungsrechts teil. In einem Impulsvortrag stellte der GdP-Landesvorsitzende Uwe Petermann die wichtigsten gewerkschaftlichen Anforderungen an ein zeitgemäßes Personalvertretungsgesetz (PersVG) vor. Hier seien viele Einzelfragen zu klären, etwa die Herabsetzung der Freistellungsgrenze und die Berücksichtigung der Arbeitszeit. Das PersVG müsse zudem an die tatsächlichen Verhältnisse im öffentlichen Dienst angepasst werden. Dies gelte besonders für die Mitbestimmung bei Fragen der IT-Kommunikation, der dienstlichen Nutzung von Smartphones und der Ausgestaltung von

 **BSW.** Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst



Der BSW Gutscheine Shop

Unser neues Vorteilsangebot



- ✓ Wertgutscheine von über 25 Top-Partnern
- ✓ BSW-Vorteil auf Ihren Gutscheinkauf
- ✓ Online und vor Ort einlösbar*
- ➔ www.bsw.de/gutschein-shop

Jetzt Mitglied werden unter www.bsw.de

*Kann je nach Gutschein variieren, bitte beachten Sie die Einschränkungen auf den Produktseiten

AUS DEN LÄNDERN

Tele- und Heimarbeit. Zum Zeithorizont für die Erarbeitung eines neuen PersVG sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Rüdiger Erben: „2019 wird die Mitbestimmung 100 Jahre alt. Das wäre ein guter Zeitpunkt, um ein neues Gesetz vorzulegen.“

Schleswig-Holstein

DGB-Hochschulreport zeigt Verbesserungsbedarf auf

Der DGB Nord legt mit seinem Hochschulreport erstmals umfassende Zahlen zur Situation der Beschäftigten an den staatlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein vor. Befragt wurden das technisch-administrative Personal sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal unterhalb der Professur. Der Report zeigt diverse Missstände auf. Besonders alarmierend sei die Befristungssituation im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich.

Hier seien 74 Prozent der Beschäftigten befristet beschäftigt, die durchschnittliche Dauer der Arbeitsverträge betrage 25 Monate. Im technisch-administrativen Bereich hätten 20 Prozent der Befragten einen befristeten Vertrag. Zudem arbeiteten die Beschäftigten regelmäßig über ihre tatsächliche Arbeitszeit hinaus. „Unser Hochschulreport zeigt die Probleme auf, aber auch die Lösungen und nötigen Umsetzungsschritte“, sagt Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord. Qualitativ hochwertige Arbeit brauche Mitbestimmung, gute Arbeitsbedingungen, Entfristung und eine angemessene Entlohnung.

Thüringen

Mit Verbeamtung gegen Lehrkräftemangel

Lehrkräfte im Schuldienst des Freistaates Thüringen können – nachdem die Verbeamtung



Foto: istockphoto.de/skynesher

vor Jahren abgeschafft wurde – wieder verbeamtet werden. Das hat die Landesregierung Ende Februar per Kabinettsbeschluss festgelegt. Das Land will damit in Zeiten eines Lehrkräftemangels attraktiver werden. Die Übernahme ins Beamtenverhältnis ist nach Angaben des Bildungsministeriums frühestens zum Beginn des Schuljahres 2017/18 möglich. Eine Verbeamtung beantragen können alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte, die nach dem 2. August 1970 geboren sind und die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen sowie alle neu eingestellten LehrerInnen.



Wir machen das anders als andere



Mit unseren über 16.000 fest angestellten Mitarbeitern/innen setzen wir uns an 4.500 Standorten immer für unsere Mitglieder ein.

Weitere Infos unter www.debeka.de oder hier

Debeka

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Versichern und Bausparen

Info
(08 00) 8 88 00 82 00



www.debeka.de/socialmedia



Steuerpolitische Fachtagung 2017

WENIGER LÜCKEN

MEHR GERECHTIGKEIT

Einheitlicher Steuervollzug, Steuergerechtigkeit

und private Finanzierung öffentlicher Aufgaben: Das waren die Schwerpunkte der Steuerpolitischen Fachtagung 2017, die am 3. und 4. April in Berlin stattfand. Gastgeberin ver.di hatte eine ganze Reihe von ExpertInnen eingeladen, darunter WissenschaftlerInnen und Bundestagsabgeordnete.

Die Fachtagung startete prominent besetzt: Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske diskutierten darüber, ob und wie weit der Bund den Ländern Vorgaben für einen einheitlicheren Steuervollzug machen kann. Bsirske forderte zudem, in einem reichen Land wie Deutschland große Vermögen und Einkommen gerechter zu belasten. Steuerflucht müsse verhindert werden. Als Beispiele nannte er die Abschaffung der Abgeltungssteuer, die

Wiedererhebung der Vermögenssteuer und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Dass die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur grundsätzlich zu Lasten der SteuerzahlerInnen gehe, erläuterte Prof. Holger Mühlenkamp von der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Mühlenkamp riet zu institutionellen Sicherungen, um die Politik von falschen Entscheidungen abzuhalten.

Daniela Ortmann von der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung bemängelte, dass der Bund zwar mehr Kompetenzen fordere, Verbesserungen im Steuervollzug selbst aber entgegenstünde. Als Beispiel nannte sie den Widerstand des Bundes gegen den Ankauf von Steuer-CDs.

Steuervollzug und Personalbedarf

Auf der Konferenz wurde auch der Zusammenhang von Steuergerechtigkeit, Steuervollzug und Steuerföderalismus diskutiert. In einer Talkrunde stellten sich Bundestagsabgeordnete von SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen den Fragen des Publikums. Die Abgeordneten sprachen sich grundsätzlich für eine Stärkung des Bundes beim Steuervollzug aus. Dem stünde allerdings der parteiübergreifende Widerstand der Länder gegenüber, die an ihrer Zuständigkeit festhielten. Cansel Kiziltepe von der SPD kritisierte, dass es auch in Deutschland Steueroasen durch bewusste Vollzugslücken gebe. Die Grünen-Abgeordnete Lisa Paus forderte angesichts des föderalen Dilemmas eine „Spezialeinheit“ von Bund und Ländern: Diese solle gezielt Einkommensmillionäre und Großunternehmen in den Blick nehmen. Axel Troost von der Linkspartei sprach sich dafür aus, schrittweise zu einem einheitlicheren Steuervollzug zu kommen.

In der Diskussion kam auch ein weiterer wichtiger Punkt zur Sprache: der Personalbedarf in der Steuerverwaltung. Einigkeit bestand zwischen Publikum und MdBs darüber, dass Technik kein Personal ersetzen könne. Schließlich brauche es qualifizierte Fachkräfte, um die notwendige Software zu bedienen. Die Automatisierung von Fallbearbeitungen wurde als Gefahr für weitere Vollzugslücken gesehen.

Am Ende der Tagung stand eines fest: Der fachliche Austausch zwischen der ver.di-Kommission und den FinanzpolitikerInnen im Bundestag wird fortgesetzt.



Prominenter Auftakt der Steuerpolitischen Fachtagung: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (re.) und ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske diskutieren ihre Positionen. Fotos: Sascha Radke

STEUERPOLITISCHE TAGUNG

Podiumsdiskussion

Dr. Matthias Kollätz-Ahnen

Angela Trochowski

Sanatorium DR. HOLLER



Sanatorium Dr. Holler mit dem ganzheitlichen Ansatz...

„Weil wir den Menschen ganzheitlich sehen, behandeln wir ihn auch so“, nach diesem Leitmotto erfolgt die Behandlung und Betreuung im Sanatorium Dr. Holler.

Das kompetente Ärzte-Team und die bestens geschulten, langjährig tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nehmen sich im Sanatorium Dr. Holler viel Zeit, um auf die persönlichen Wünsche der Gäste einzugehen. Für jeden Gast wird ein individueller Behandlungsplan erstellt, der, je nach Indikation, modernste Schulmedizin, homöopathische oder naturheilkundliche Behandlungsverfahren, beinhaltet.

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.sanatorium-holler.de

www.DeutscherPersonalraete-Preis.de

DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2017

Machen Sie mit!

Sichern Sie sich die Anerkennung Ihrer Personalratsarbeit.

Einladung

Ihre Teilnahme zählt!

Als Personalrat sind Sie herzlich eingeladen, sich jetzt für den »Deutschen Personalräte-Preis 2017« zu bewerben. Melden Sie Ihr Projekt ganz einfach hier an: www.dprp.de

Die DGB-Jugend verleiht einen Sonderpreis für hervorragende JAV-Arbeit.

Partner des »Deutschen Personalräte-Preises« ist die HUK-COBURG, die ebenfalls einen Sonderpreis verleiht.



Jetzt anmelden!
Teilnahmeschluss:
31. Mai 2017!

Mehr Infos und einfache
Anmeldung auf www.dprp.de

Eine Initiative der Zeitschrift

Der Personalrat
PERSONALRECHT IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Gemeinsam verliehen von



HUK-COBURG

In Kooperation mit



Nutzen Sie Ihren Status im öffent- lichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

Beamtendarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarif- beschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren
– dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall
durch Comfort-Rentenversicherung
(in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur
Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle
Auszahlung

Jetzt Angebot anfordern:

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457
MBoeD@nuernberger.de

INFO-SERVICE

Öffentlicher Dienst/Beamte

INFO-SERVICE

Schulstr. 30 c

67125 Dannstadt-Schauernheim

.MAI 2017

DGB

***Wir sind viele.
Wir sind eins.***

Aufruf des DGB zum Tag der Arbeit

Alle Erfolge, die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben, leben hieraus: Wir sind viele, wir sind eins! Wir sind viele: Wir sind Junge und Alte, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner. Wir sind eins: Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit und stehen für eine Gesellschaft, die die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt respektiert und schützt. Wir demonstrieren am 1. Mai für eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft in Deutschland und in Europa.

Wir demonstrieren für mehr soziale Gerechtigkeit!

Ob auf dem Arbeitsmarkt, bei der Rente, bei der Krankenversicherung, bei den Löhnen – es geht nicht gerecht zu in Deutschland. Wir haben aber ein Recht auf anständige Löhne, auf sichere Arbeitsverträge, auf Absicherung in der Arbeitslosigkeit. Wir wollen den Schutz von Tarifverträgen und mehr Mitbestimmung, gerade mit Blick auf Herausforderungen wie die Digitalisierung. Eine solidarische Gesellschaft bedeutet, ein gerechtes Steuerkonzept zu haben, das Reiche mehr belastet als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einen handlungsfähigen Staat finanziert: Wir wollen einen Staat, der eine zukunftsfähige Infrastruktur aufbaut und pflegt, bezahlbare Wohnungen baut und einen öffentlichen Dienst hat, der seine Aufgaben gut erfüllen kann. Die Rentnerinnen und Rentner, heute und in Zukunft, haben ein Recht auf ein Leben in Würde. Unsere Kinder sind unsere Zukunft – sie haben das Recht auf gute Bildung. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeitgeber bei den Sozialversicherungsbeiträgen den hälftigen Anteil zahlen!

Deswegen fordern wir

- eine höhere Tarifbindung und einen Ausbau der Mitbestimmung für Gute Arbeit;
- neue Perspektiven für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt;
- eine Stärkung der gesetzlichen Rente für einen Lebensabend in Würde;
- eine gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung;
- Investitionen für einen handlungsfähigen Staat und einen guten öffentlichen Dienst;
- ein Steuerkonzept, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet und Vermögende belastet;
- eine Reformkommission Bildung, die sich für Gute Bildung für alle einsetzt;
- eine gerechte Bezahlung der Frauen.

2017 als Wahljahr in Deutschland und Europa ist von besonderer Bedeutung. **Wir rufen Alle auf, wählen zu gehen!** Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, gegen Rassismus und Antisemitismus. Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten.



Mehr als ein Stellenportal

Bund, Länder und Kommunen bewerben erstmals mit einem gemeinsamen Internetauftritt den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber. Auf dem Portal www.durchstaaten.de können sich Interessierte über die zahlreichen Ausbildungsberufe und Berufsbilder im öffentlichen Dienst informieren. Zudem bietet die Seite mittels Links einen schnellen Zugriff auf die Stellenangebote aller Ebenen. Mit durchstaaten.de wendet sich der größte Arbeitgeber Deutschlands vor allem an qualifizierte Nachwuchskräfte und QuereinsteigerInnen. Das Portal basiert auf Vorschlägen der Arbeitsgruppe „Der Öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber“. In ihr haben Bund, Länder, Kommunen und Gewerkschaften im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung ein gemeinsames Konzept zur Fachkräftesicherung erarbeitet.



Lesetipp

Wie die Digitalisierung unsere Arbeit verändert

Woher kommt die Digitalisierung und wie verändert sie die Arbeit? Diese Frage beantwortet Lothar Schröder, ver.di-Vorstandsmitglied in seinem Buch „Die digitale Treppe“ sehr plastisch: „Es war ein weiter Weg vom rumpelnden Großrechner im Güterwagenformat zu den handlichen Endgeräten von heute, zum Internet der Dinge, zu Algorithmen, zur Plattformökonomie und zu Informationstechnologien, die es erlauben, jederzeit und überall zu arbeiten.“ Die Entgrenzung der Arbeit – nicht nur zeitlich und räumlich, auch organisatorisch und rechtlich – ist die Folge. Schröder analysiert die Risiken und appelliert für eine Gestaltung der Digitalisierung durch die Interessenvertretungen der Beschäftigten und die Gewerkschaften.

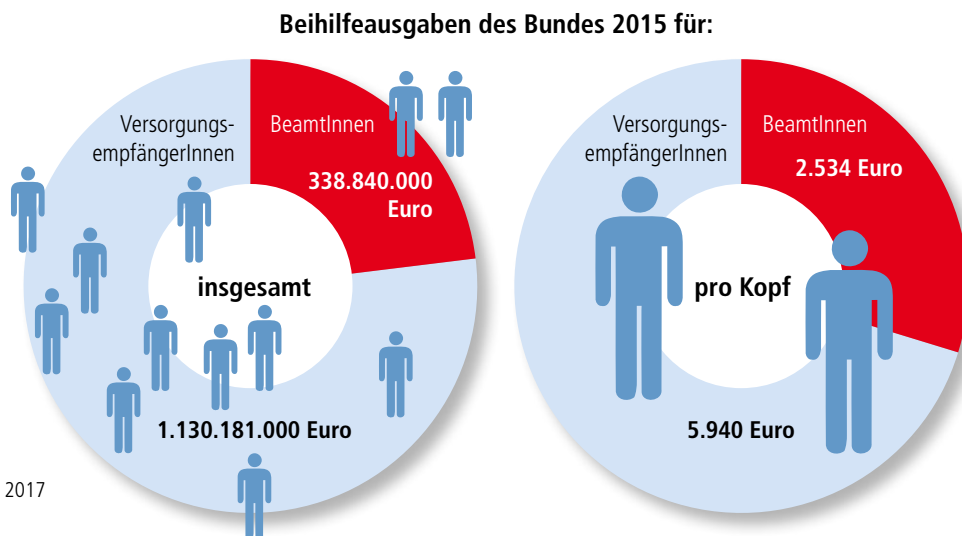
Lothar Schröder: Die digitale Treppe – Wie die Digitalisierung unsere Arbeit verändert und wie wir damit umgehen. Bund-Verlag, 2016, 29,90 Euro. ver.di-Mitglieder können eine Sonderausgabe zum Preis von 9,90 Euro bestellen.

Zahlen, Daten, Fakten

Bundesregierung schlecht über Situation Beihilfeberechtigter informiert

In einer Kleinen Anfrage hatten Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag die Bundesregierung nach der Situation beihilfeberechtigter BundesbeamtInnen befragt, unter anderem zu den durchschnittlichen Beiträgen in den Beihilfeergänzungstarifen. Die Antwort der Bundesregierung ist jedoch wenig aufschlussreich: Sie verfüge nicht über Erkenntnisse zur durchschnittlichen Beitragshöhe in den Beihilfeergänzungstarifen und deren Entwicklung.

Quelle: Bundestagsdrucksache 18/11738 vom 29. März 2017



Mehr Respekt!
Wie mit Gewalt gegen Beschäftigte umgehen?

Program und Anmeldung unter veranstaltungen.dgb.de/mehr-respekt

DGB-Tagung

Am 16. Juni 2017 lädt der DGB ein zur Tagung „Mehr Respekt! Wie mit Gewalt gegen Beschäftigte umgehen?“. Im Arbeitsleben werden Beschäftigte zunehmend Opfer von Gewalt. Dies nimmt der DGB zum Anlass, mit VertreterInnen aus Wissenschaft und Politik über Ursachen von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie Möglichkeiten zur Verhinderung von Übergriffen zu diskutieren. Darüber hinaus wollen wir der Praxis Gehör verschaffen und mit ExpertInnen aus Gewerkschaften die Themen Mitbestimmung, Aus-, Fort- und Weiterbildung, gesundheitsförderliche Arbeitsgestaltung und bedarfsgerechte Personalausstattung mit Bezug auf Gewaltprävention erörtern. Die Veranstaltung findet in Berlin statt.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.


Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder Telefon 0800 292 22 74.

Eine Marke der AXA Gruppe 



- Anzeige -



Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst Unser Angebot – Ihr Vorteil

RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). * Im AboService nur 5,00 Euro.



Bestellungen:

Noch schneller geht es online unter: www.d-b-w.de

Bestellung

per E-Mail: info@d-b-w.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.d-b-w.de

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname _____

Firma _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Konto-Nummer _____ BLZ _____ Bank _____

Unterschrift _____



Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Oder rufen Sie direkt an: **Telefon 0800 215315401.**



Der Personalrat



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig